

011812022



An die  
Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses  
Bürgermeisterin Marion Lück

Im Hause

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 16.05.2022

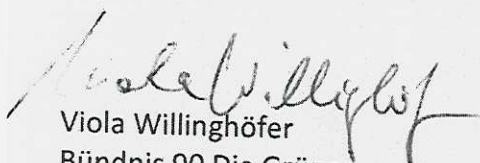
Die Fraktionen von Bündnis 90 Die Grünen und SPD beantragen:

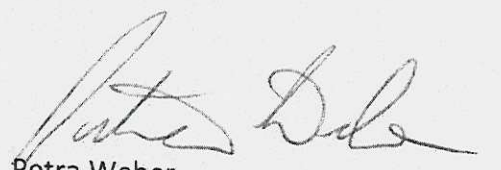
Die Stadt Wermelskirchen setzt seit 2015 sehr erfolgreich das Projekt „Inklusionshilfen an Schulen“ gemeinsam mit der Lebenshilfe um. Die Verwaltung wird beauftragt, dieses Projekt zum Schuljahr 2023/2024 fortzuführen und möglichst zu erweitern. Hierfür sollen die bisher im städtischen Haushalt vorgesehen Finanzmittel in dem Umfang erhöht werden, wie die Mittel aus der Inklusionspauschale gemäß § 2 Abs. 4 S. 1 Nr. 2 des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion erhöht werden.

Begründung:

Das Land wird künftig Finanzmittel aus dem Belastungsausgleich für die baulichen Inklusionsmehrkosten („Korb I“) in die Inklusionspauschale („Korb II“) umschichten, so dass Wermelskirchen voraussichtlich in größerem Umfang als bislang von den Landesmitteln für die schulische Inklusion profitieren wird. Diese Mittel sollen für eine Fortführung und entsprechende Erweiterung des bisherigen, qualitativ hochwertigen Projektes verwendet werden. Für die Erweiterung des Projektes sollen die Ergebnisse einer Abfrage der Schulen herangezogen werden, die aufgrund eines gemeinsamen Antrags von Bündnis 90 die Grünen und der SPD-Fraktion im Februar durchgeführt wurde.

Mit freundlichen Grüßen

  
Viola Willinghöfer  
Bündnis 90 Die Grünen  
Mitglied Schulausschuss

  
Petra Weber  
stellvertretende Fraktionsvorsitzende  
SPD-Fraktion